Interreg Baltic Sea Region
Co-funded by the European Union
CIRCULAR ECONOMY Change(K)now!

Change(K)now! project is co-funded by Interreg Baltic Sea Region. The project´s main objective is a mindset change from single-use to circular or multiple-use of food delivery systems in cities and residents of the Baltic Sea Region.

The responsibility for the content lies with the author(-s) and don´t necessarily reflect the funder position on these topics.

DIE CHANGE(K)NOW!-EMPFEHLUNGEN FÜR ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

MEHRWEG IM GROSSEN MASSSTAB ETABLIEREN: VOM PILOTPROJEKT ZUM SYSTEM

2026

In ganz Europa gewinnt der Übergang von Einwegverpackungen zu Mehrwegsystemen für die Außer-Haus-Verpflegung zunehmend an politischer Bedeutung. Neue rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere die EU-Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR), setzen klare Ziele zur Abfallvermeidung und zur stärkeren Verbreitung von Mehrweglösungen. Dennoch bleibt die praktische Umsetzung vielerorts fragmentiert. Trotz zahlreicher Pilotprojekte und einer wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit haben sich Mehrwegsysteme bislang noch nicht als selbstverständlicher Bestandteil des Alltags etabliert.

Die Erfahrungen aus dem Projekt Change(K)now! zeigen, dass es nicht an Lösungen mangelt, sondern an funktionierenden Systemen. Mehrwegverpackungen funktionieren in der Praxis – in Schulen, auf Veranstaltungen und im Take-away-Bereich. Ihr Erfolg hängt jedoch davon ab, dass Verwaltungsstrukturen, Infrastruktur, Geschäftsmodelle und Nutzerfreundlichkeit zusammenspielen. Wo diese Elemente nicht aufeinander abgestimmt sind, bleibt Mehrweg eine Nischenlösung.

Daraus ergibt sich ein grundlegender Perspektivwechsel. Die Einführung von Mehrweg ist weder allein eine Frage individuellen Verhaltens noch eine rein technische Herausforderung. Es handelt sich um einen umfassenden Systemwandel. Menschen ändern ihr Verhalten nicht allein aufgrund von Informationen oder Aufklärung, sondern vor allem dann, wenn nachhaltige Lösungen bequem, verfügbar und einfach nutzbar sind. Unternehmen investieren nur dann in neue Systeme, wenn Nachfrage, Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Perspektiven verlässlich sind.

Kommunen wiederum benötigen rechtliche Klarheit und ausreichende Ressourcen, um wirksam handeln zu können. Der Wandel hin zu funktionierenden Mehrwegsystemen erfordert daher ein abgestimmtes Vorgehen auf allen politischen und administrativen Ebenen.

Gleichzeitig zeigt sich bereits Bewegung auf kommunaler Ebene. Erste Erfahrungen aus der politischen Verankerung von Mehrwegansätzen belegen, dass Städte und Gemeinden Mehrweg zunehmend in ihre Strategien integrieren, Vorgaben für Veranstaltungen entwickeln und die öffentliche Beschaffung als Steuerungsinstrument nutzen. Der Fortschritt wird jedoch weiterhin durch fragmentierte Märkte, unzureichende Rückgabeinfrastruktur, unklare Zuständigkeiten und wirtschaftliche Nachteile gegenüber Einwegsystemen gebremst.

Um den Schritt von einzelnen Pilotprojekten hin zu tragfähigen Systemen zu schaffen, braucht es eine klare, politische Priorisierung. Die folgenden zehn Handlungsempfehlungen zeigen auf, welche Maßnahmen bereits heute umgesetzt werden können.

ZEHN PRIORITÄRE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN

1. **Mehrweg bei öffentlichen Veranstaltungen ab einer festgelegten Größe verbindlich vorschreiben** und die Einhaltung wirksam sicherstellen.

2. **Mehrwegkriterien systematisch in die öffentliche Beschaffung und kommunale Verpflegungsleistungen integrieren**, um stabile Nachfrage zu schaffen.

3. **Eine dichte und gut sichtbare Rückgabeinfrastruktur** als Bestandteil der Stadtentwicklung und Gestaltung öffentlicher Räume aufbauen.

4. **Die Interoperabilität von Mehrwegsystemen sicherstellen,** um Marktfragmentierung und Unsicherheiten bei den Nutzer*innen zu vermeiden.

5. **Wirtschaftliche Anreize für Mehrweg schaffen** und Einwegverpackungen – wo rechtlich möglich – mit zusätzlichen Kosten belegen.

6. **Rechtliche Klarheit zu Hygieneanforderungen, Zuständigkeiten und Pfandsystemen schaffen**, um Unsicherheiten abzubauen.

7. **Öffentlich-private Partnerschaften fördern** und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Unternehmen und Dienstleistern stärken.

8. **Die öffentliche Beschaffung gezielt als Instrument zur Marktgestaltung einsetzen** und politische Ziele mit ihrer praktischen Umsetzung verbinden.

9. **Mehrwegsysteme so gestalten, dass sie komfortabel, leicht zugänglich und zur naheliegenden** Standardoption für Verbraucher*innen werden.

10. **Monitoring- und Bewertungssysteme etablieren**, um Umweltwirkungen messbar zu machen und eine kontinuierliche Verbesserung zu ermöglichen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordert eine klare Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen politischen Ebenen.

- Auf **kommunaler Ebene** übernehmen Städte und Gemeinden eine zentrale koordinierende Rolle. Sie setzen Rahmenbedingungen, gestalten Beschaffungsprozesse, planen Infrastruktur und bringen relevante Akteure zusammen. Ihre besondere Stärke liegt darin, lokale Voraussetzungen zu schaffen, Mehrweg bei Veranstaltungen zu verankern, entsprechende Anforderungen in die Beschaffung zu integrieren und Systeme sichtbar sowie leicht zugänglich zu gestalten.

- Auf **nationaler Ebene** besteht die Aufgabe darin, die notwendigen Rahmenbedingungen bereitzustellen. Dazu gehören rechtliche Klarheit, wirtschaftliche Anreize sowie finanzielle Unterstützung für Infrastruktur und Skalierung. Ohne diese Voraussetzungen bleiben die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen und Unternehmen begrenzt.

- Auf **europäischer Ebene** geht es darum, ambitionierte Ziele, Kohärenz und Standardisierung sicherzustellen. Einheitliche Rahmenbedingungen, gemeinsame Standards für Interoperabilität und klare regulatorische Signale sind entscheidend, um Marktfragmentierung zu vermeiden und eine Ausweitung von Mehrwegsystemen über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen.

Langfristig wird der Erfolg der Transformation davon abhängen, Mehrwegsysteme als Teil der **grundlegenden öffentlichen Infrastruktur** zu begreifen – vergleichbar mit der Abfallwirtschaft oder dem öffentlichen Nahverkehr. Dies erfordert langfristige Investitionen, eine abgestimmte Steuerung und politischen Gestaltungswillen. Gleichzeitig müssen Zielkonflikte offen adressiert werden: zwischen kurzfristigen Kosten und langfristigen Einsparungen, zwischen Marktmechanismen und Regulierung sowie zwischen Innovation und Standardisierung.

Das Zeitfenster für entschlossenes Handeln ist jetzt. Die notwendigen Bausteine sind vorhanden, und die bisherigen Erfahrungen liefern klare Orientierung. **Die Aufgabe politischer Entscheidungsträger*innen besteht darin, die vorhandenen Ansätze zusammenzuführen und aus einzelnen Pilotprojekten funktionierende Gesamtsysteme zu entwickeln.** Gelingt dies, kann Mehrweg nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten, sondern zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Alltags werden.